

Herabgeber und verantw. Redakteur
Karl H o a y .

Wien, Dienstag, den 17. April 1923.

Neue Wohnungen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen beriet in seiner gestrigen Sitzung über eine Reihe von Anträgen, durch die eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen teils neu geschaffen, teils vor dem Verfall bewahrt werden sollen. Vor allem handelt es sich um die Errichtung von insgesamt 145 neuen Notwohnungen. Das grösste Projekt dieser Art betrifft die Herstellung von 98 Wohnungen in den Objekten des Arsenal, die demnächst von den bisher dort bequartierten Wehr-^{gegenwärtigen} machtsabteilungen geräumt werden. Die ^{Eigentümer} der Objekte, die „Oesterreichische Werke Arsenal“ gemeinwirtschaftliche Anstalt haben ein nachahmenswertes Beispiel gegeben, indem sie die freiwerdenden Räume ohne weiteres freiwillig dem Wohnungsamt zur Verfügung stellten. In einem anderen ehemals kaiserlichen Gebäude, der Kagranner Kaserne, sollen weitere 34 Wohnungen geschaffen werden, ferner 13 Wohnungen in dem zu einem Jugendheim adaptierten ehemaligen ^{Czartoryski} Schlössel in Währing. Die Kosten dieser 145 Wohnungen betragen insgesamt 1.4 Milliarden. - Der Ausschuss genehmigte ferner für eine ganze Reihe von Privathäusern die Vornahme von Instandhaltungsarbeiten, die aus den Mitteln der Gemeinde bezahlt und der Kosten als Zwangshypothek auf die Häuser gelegt werden. Es handelt sich hierbei durchwegs um die Wiederherstellung solcher stark Reparaturbedürftiger Häuser, die ansonsten unmittelbar vom Verfall bedroht werden. Insgesamt wurde in dieser Sitzung die Reparatur von 13 Häusern mit einem Kostenaufwand von 463 Millionen beschlossen, wodurch 238/wohnungen erhalten werden.

Pensionierung. Der Vizedirektor der städtischen Elektrizitätswerke Dr. Josef Harbich ist nach Vollendung seiner vollen Dienstzeit in den dauernden Ruhestand getreten. Dr. Harbich trat im Jahre 1894 in die Dienste der Gemeinde und war längere Zeit in der Abteilung für Verkehrswesen tätig. Er hat bereits an den Vorarbeiten für die Errichtung der städtischen Elektrizitätswerke mitgewirkt und gehörte seit der Gründung dieser Werke als städtischer Unternehmung ihrer Direktion an. Er führte darin lange Zeit die administrative Leitung, hatte grossen Anteil an dem Ausbau der Werke und wirkte zuletzt noch hervorragend an der Ausarbeitung des Projektes für die Versorgung Wiens mit Wasserkraftstrom mit. Zuletzt bekleidete er die Stelle eines Vizedirektors. Aus Anlass seines Scheidens aus dem Gemeindedienst hat ihn der Gemeinderat in Würdigung seiner langjährigen wertvollen Dienste den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen.

Goldene Hochzeiter. Samstag, den 14. ds. überreicht StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters folgenden goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe der Gemeinde Wien: August Wilhelm und Anna Ohnesorge, VIII., Lerchengasse 25 und Josef und Maria Hlawazek XII., Rosnergasse 4.

Entfallende Sprechstunde. Donnerstag, den 19. ds. entfällt wegen dienstlicher Abwesenheit die Sprechstunde beim städtischen Baureferenten StR. Siegel.

H

Wohnungswesen, das Jugendamt, das Arbeitslosenamt, die städtischen Werkstätten u.s.w., was zusammen eine berechnete Mehranzahl von 1400 Angestellten ergibt. Danach sind also noch immer 1100 Angestellte vorhanden, deren Abbau möglich wäre. Tatsächlich sollen aber aus dem Gemeindeverwaltungsdienst 300 und aus dem Schuldienst unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei den Landarbeitslehrerinnen und den Lehrern der Freigegenstände 400 bis 500 Personen, also insgesamt 700 bis 800 Angestellte abgebaut werden. Bei der Angestellten der städtischen Unternehmungen wurde schon vor einiger Zeit ein Abbau vorgenommen, der jetzt nur eine sehr geringfügige Ergänzung erfordert. Von einer Zahl von 3400 Angestellten, sollen rund 120 also 3 Prozent abgebaut werden. Beim Bund sind nach den Ausweisen für das Jahr 1922 253.000 Angestellte, davon sollen laut Abbaugesetz 100.000 abgebaut werden, so daß die Abbauziffer 39,5 Prozent beträgt. Die Gemeinde wird von ihren 26.200 Angestellten 700 bis 800 abbauen, es ergibt sich also ein Abbau von rund 3 Prozent.

Der Referent bespricht sodann im einzelnen die Bedingungen des Abbaues und verweist darauf, daß die Vorlage im vollen Einvernehmen mit den Organisationen der Angestellten eingebracht wird. In erster Linie wird sich der Abbau durch die schmerzloseste Methode der Pensionierung von ausgedienten Angestellten vollziehen, die ihre volle Pension erhalten. Daneben geht ein freiwilliger Abbau mit Abfertigung, wobei diese Abfertigungshöhen sind, als die beim Bund und beim Landesniederbesterreich. Sollte dieser freiwillige Abbau nicht genügen, im Gegensatz zum Bund so muß zum Zwangsabbau geschritten werden. Es sind aber/weder Zwangs- Pensionierungen, noch freiwillige Pensionierungen bei einer Dienstzeit von mehr als 10 Jahren beabsichtigt. Bei jeder Anwendung dieses Systems bleiben die eigentlichen pragmatischen Rechte der Angestellten nahezu unberührt; es trägt auch dem Umstände Rechnung, daß jüngere Personen sich leichter in veränderte wirtschaftliche Situationen umstellen, als ältere. Die kriegsbeschädigten bleiben von dem Abbau bewahrt, ein Unterschied in der Behandlung männlicher und weibliche Angestellter wird nicht gemacht. In formaler Beziehung wird sich der Abbau so vollziehen, daß die Dienststelle eine Abbauliste der Personalvertretung der engeren Ständegruppe vorlegt, die das Recht der Begutachtung und auch das Recht hat, Vorschläge zur Auswechslung zu erstatten. Streitfälle werden von der Personalkommission entschieden, in der auch die Minorität des Gemeinderates vertreten ist und die bereits seit Jahren als Ausgleichsinstitut zwischen Gemeindeverwaltung und Angestelltenchaft mit bestem Erfolg funktioniert als Abbaukasten sind für den freiwilligen Abbau der 31. März. Für den Zwangsabbau der 30. April festgesetzt. Die Abfertigungen werden nach dem letzten in Kraft stehenden Index bemessen.

Mit den Angaben wird dem Gemeinderat zugleich eine im Stadtsenat beschlossene Resolution vorgelegt, welche ausspricht, daß, solange in den Humanitätsanstalten geistliche Ordensschwester in Verwendung stehen, deren wirtschaftliche Existenz durch ihre Auswerdungstellung nicht gefährdet wäre, ein Abbau solcher Angestelltenkategorien, die im Ausgleichsweg an diese Stelle berufen werden können, nicht statfinden soll. Zur Sicherung dieses Ausgleiches wird ein Pflaster neukurs ausgestellt. Ein solcher Dienstausgleich ist auch sonst in der Gemeindeverwaltung bereits mit Erfolg in Angriff genommen worden und auch diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß sich der Abbau in so bescheidenen Grenzen halten kann.

GR. Hummelhardt (chr. soc.) bezeichnet die vom Referenten vorgeschlagenen Maßnahmen des Landesausschusses der Gemeinde Wien durch die neuen Steuern, welche vom Bund dem Land und der Gemeinde übertragen wurden, Gegenüber-

117
RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Red.
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 17. April 1923 - Abendausgabe.

Die Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabe. Im Stadtsenat referierte heute StR. Breitner über die Begünstigungen, die während der Sommermonate den Theatern und Kinos bei der Entrichtung der Lustbarkeitsabgabe gewährt werden sollen. In seiner Begründung führte er aus, dass in diesen Betrieben viele tausende von Angestellten beschäftigt sind die durch die Ungunst der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen werden. Vor allem mit Rücksicht auf dieses zahlreiche Personal sei es notwendig, Entgegenkommen zu bezeigen. Es soll deshalb über das Ausmass der im Vorjahr gewährten Begünstigungen hinausgegangen werden. Während im vorigen Jahre die Ermässigung nur für die Monate Juni, Juli und August zugestanden wurde, wird heuer auch der Monat Mai einbezogen. Darüber hinaus soll jenen kleinen oder ungünstig gelegenen Kinos, die nachweisbar in ihrer Konkurrenzfähigkeit benachteiligt und neileidend sind, eine Herabsetzung der Steuer bereits ab 1. April und für die ganze Zeit bis 31. Dezember l. J. gewährt werden. Ueber das Ausmass der Herabsetzung sagt die/ Vorlage, dass der Stadtsenat als Landesregierung den Satz/ von 10 Prozent umm höchstens die Hälfte, den Satz von 30 Prozent um höchstens ein Drittel und den Satz von 40 Prozent um höchstens ein Viertel ermässigen kann. Die gleiche Begünstigung kann auch Tanzkursen eingeräumt werden. Die Herabsetzung wird vom Gemeinderat als Landtag in seiner nächsten Sitzung (Freitag) beschlossen werden.

Rumänien wegen der Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Lebendvieh verhandelt. Sollten diese Verhandlungen nicht den gewünschten Erfolg bringen, wäre die Angelegenheit im Nationalrat zu behandeln.

3.) Es ist seitens der Gemeinde Wien die Regierung aufzufordern, daß sie durch Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen eine Vermehrung des heimischen Auftriebes herbeiführt. Da die Kontrolle der Ausfuhrbewilligungen für Zuchtvieh heute höchst mangelhaft ist, wäre die Regierung aufzufordern, daß dazu auch Vertreter der Konsumenten herangezogen werden. Die Ausfuhr soll überhaupt nur dann gestattet werden, wenn als Ersatz für das ausgeführte Zuchtvieh entsprechendes Schlachtvieh eingeführt wird.

4.) Es ist seitens der Gemeinde Wien die Regierung zu ersuchen, sie möge unverzüglich eine Enquete der Fleischverarbeitenden Gewerbe und der Konsumenten einberufen, in der eine schärfere Kontrolle der Fleischpreise beraten und Maßnahmen gefordert werden sollen, die eine Erleichterung des Viehverkehrs innerhalb des Verkehrsgebietes der Stadt Wien herbeizuführen geeignet sind. Es kommt noch immer vor, daß Viehtransporte vom Wiener Westbahnhof bis nach St. Marx zwei bis drei Tage ^{was} dauern, obendrein mit großen Kosten verbunden ^{ist,} wes- halb dieser Uebelstand vom Bundesministerium für Verkehrswesen schlen- nigst abgestellt werden muss.

Auf diese Anfrage hat der Bürgermeister bereits in der heutigen Sitzung eine Antwort erteilt, in der zunächst die Ursachen der gegenwärtigen Fleischsteigerung dargelegt werden. Es wird darin angeführt, daß die Beschöckung des Wiener Zentralviehmarktes aus Rumänien bald 50 Prozent des Gesamtantriebes erreichte, ja sogar an zwei Markttagen überstieg. Der Bürgermeister verwies sodann auf die von der Gemeinde gegen-